

Strategie? Was für eine Strategie?

Seit Juni ist bekannt, dass die Niels-Stensen-Kliniken das St.-Raphael-Krankenhaus in Ostercappeln schließen wollen. Auch die ehemalige Paracelsus-Klinik am Natruper Holz in Osnabrück wird dicht gemacht. Dabei hatte der „christliche“ Verbund, der den Namen Niels Stensen trägt, den Standort erst 2019 übernommen. Damit nicht genug: Die Geburtsabteilungen in Melle und im Franziskus-Hospital Harderberg werden ebenfalls geschlossen. Das Krankenhaus in Ankum war bereits im letzten Jahr zu einem „Gesundheitszentrum“ herabgestuft worden.

Diesen Kahlschlag bezeichnet der Klinikkonzern Niels Stensen dreist als „Medizinstrategie 2028“. Von den Beschäftigten hört man etwas ganz anderes. Sie waren nicht informiert, geschweige denn einbezogen in die Pläne des Konzerns. Den hochtrabenden Ankündigungen, dass sich Kräfte konzentrieren ließen und damit auch der Personalmangel entschärft würde, löst bei ihnen nur Kopfschütteln aus. Wer die „Pläne“ der Geschäftsführung liest, der muss erkennen: Es gibt keinen Plan dahinter, nur Kürzungen und Schließungen.

Noch im Mai letzten Jahres fragte die NOZ bei Werner Lullmann nach, ob das St. Raphael-Krankenhaus in Ostercappeln von weiteren „Umstrukturierungen“ wie in Ankum betroffen sei. Lullmann war bis Juni 2024 Geschäftsführer der Niels-Stensen-Kliniken. Seine Antwort: Es gebe „keinerlei Pläne, unseren Standort in Ostercappeln in ein Regionales Gesundheitszentrum umzuwandeln“ (NOZ vom 10.5.23). Lullmann sah das Krankenhaus St. Raphael sogar durch „die Spezialisierung sehr gut aufgestellt“. Daran stimmt nur, dass es ein Gesundheitszentrum wie in An-



Foto: Gemeingut in BürgerInnenhand

kum für Ostercappeln nicht geben wird – das Krankenhaus wird einfach komplett zugemacht. Das zeigt: Entweder hat Lullmann die Öffentlichkeit damals bewusst in die Irre geführt oder der damalige Geschäftsführer ahnte vor einem Jahr selbst noch nichts von der „Strategie“ seines Konzerns.

Auch die Schließung des Standorts Natruper Holz lässt sich wohl kaum als Teil einer „Medizinstrategie“ bezeichnen. Insgesamt krankt das Gesundheitswesen an chronischer Unterfinanzierung, Fehlsteuerung und Profitorientierung. Deshalb setzten die Niels-Stensen-Kliniken lange auf Expansion. Der Kauf der ehemaligen Para-Klinik war teuer und lässt sich nur dadurch erklären, dass in Osnabrück zwei Maximalversorger um lukrative Versorgungsaufträge kämpfen.

Die Gewerkschaft ver.di fordert nun Beschäftigungsgarantien für die Kolleginnen und Kollegen, die von den Schließungen betroffen sind. Diese

werden nicht nur eine Verschlechterung der medizinischen Versorgung in der Region Osnabrück nach sich ziehen, sondern auch einen Personalabbau. Der Hinweis der Geschäftsführung auf die Unterbesetzung in anderen Häusern ist zwar richtig. Da die Beschäftigten jedoch bisher kaum einbezogen wurden und teilweise bis heute nicht wissen, was auf sie zukommt, herrscht Unsicherheit und Frust. Wer in einem Mangelberuf arbeitet, wird sich bereits nach einer neuen Stelle umgeschaut haben.

ver.di fordert eine transparente Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung unter Einbeziehung von Bevölkerung und Beschäftigten. Dazu bedarf es im ersten Schritt einer Analyse der künftigen medizinischen Bedarfe. Die „Medizinstrategie 2028“ der Niels-Stensen-Kliniken berücksichtigt all dies nicht. Der Protest der Beschäftigten und der Bevölkerung – wie am 6. Juli in Ostercappeln – ist gerechtfertigt. Die Schließungen müssen zurückgenommen werden.

DKP Osnabrück informiert über Miet-Nebenkosten:

Hohe Nachzahlungen – Was tun?!

Nebenkostenabrechnungen von mehreren Tausend Euro – wie kann das passieren? Und: wie kann man sich dagegen wehren? Hendrik Falkenberg, Ortsrat im Göttinger Stadtteil Grone, berichtete in einem Info-Abend der DKP Osnabrück von solch horrenden Forderungen des (auch in Osnabrück aktiven) Wohnungskonzerns LEG. Vor allem die hohen Heizkosten seien für Mieterinnen und Mieter kaum noch zu stemmen. Die zugrunde liegenden Abrechnungen seien nicht nachvollziehbar. Das bestätigte Carsten Wanzelius vom Mieterverein Osnabrück.

Tatsächlich sind die Energiepreise gestiegen. Doch Wohnungskonzerne versuchen, für ihre Aktionäre noch mehr aus den Mieterinnen und Mietern herauszuholen. Zum Beispiel stellen Tochterfirmen dem Mutterkonzern überhöhte Rechnungen aus, und der Mutterkonzern reicht diese an die Mieterinnen und Mieter weiter. Die LEG verfolgt dieses Geschäftsmodell, ebenso Vonovia.

Deutschlandweit vermietet die LEG rund 167.000 Wohnungen. In Göttingen kaufte sie vor zwei Jahren von der ADLER AG knapp 1.200 Wohnungen in Grone, einem Stadtteil mit noch vergleichsweise niedrigen Mieten. Die Mieterinnen und Mieter hatten bereits mit der ADLER AG schlechte Erfahrungen gemacht - und sich in lokalen Initiativen gemeinsam gewehrt, ob gegen Mieterhöhungen oder Nebenkosten-Nachzahlungen, so Falkenberg.

Letztes Jahr kurz vor Weihnachten verschickte die LEG dann Nachzahlungs-Forderungen für das Jahr 2022 in bis zu vierstelliger Höhe. Eine Veranstaltung dazu im Januar stieß auf große Resonanz. Inzwischen haben sich 600 Mieterinnen und Mieter einer dort gegründeten „Prüfgemeinschaft“ angeschlossen und sie ermächtigt, in ihrem Namen zu handeln. Diese legte dann kollektiv Widerspruch zu den Nebenkostenabrechnungen ein und erklärte, dass diese nicht gezahlt werden, bis die LEG Belege vorweist. Es hat sich nämlich gezeigt, dass Wohnungskonzerne mitunter gar nicht in der Lage sind, nachvollziehbare Abrechnungen vorzulegen.

Die LEG reagierte mit Abrechnungen für die Heizkosten, die „exorbitant höher liegen als der Preis der Stadtwerke“ in Göttingen, so Falkenberg.

Dabei legte sie eine Formel zugrunde, die sich an den stark nach oben schwankenden Börsenpreisen orientiert, nicht an marktüblichen Einkaufspreisen. Die Anwendung so einer „Preisgleitklausel“ ist grundsätzlich zulässig, aber umstritten.

Dazu warnte Carsten Wanzelius: veraltete Verordnungen und neue Vorhaben der Bundesregierung zur „Fernwärme“ können fatale Auswirkungen für Mieterinnen und Mieter haben. Diese müssten zwar die Kosten tragen, haben aber anders als die Eigentümer in der Regel keinen Vertrag mit dem Wärmeversorger und können sich deshalb kaum gegen intransparente Vertragsgestaltung und überhöhte Preise wehren. „Preisgleitklauseln“, die sich an Börsenpreisen von Energieträgern wie Erdgas orientieren, führen bundesweit zu immer mehr Fällen von vierstelligen Nachzahlungsforderungen. Die aktuelle Rechtslage ließe dabei zu viel Spielraum, den die Wohnungskonzerne eiskalt ausnützen, so Wanzelius.

Die Mieterinnen und Mieter in Grone versuchen mit Unterstützung des Deutschen Mieterbundes (DMB), dies anzufechten. Auch die Göttinger Stadtverwaltung unterstützt dies, weil die öffentliche Hand bei Sozialleistungsempfängern für die Nebenkosten aufkommen muss. Ein Gutachten dazu steht noch aus, die Auseinandersetzung geht also weiter...

Allein machen sie Dich ein...

Mieterinnen und Mieter können sich bei überhöhten Abrechnungen nur auf das „Gebot der Wirtschaftlichkeit“ berufen, müssen also im Streitfall vor Gericht nachweisen, dass Vermietende unwirtschaftliche Kosten abgerechnet haben. Der Vermieter ist allerdings verpflichtet, die Nebenkosten im Einzelnen nachzuweisen und zu belegen.



Das Beispiel aus Göttingen zeigt aber auch: Gegenwehr geht besser gemeinsam statt alleine. Sinnvoll ist in jedem Falle, sich Unterstützung beim Mieterverein zu holen:

Mieterverein für Osnabrück und Umgebung e.V.
Goethering 37
49074 Osnabrück
Tel: (0541) 22238 & (0541) 22268
Mail: info@mvo-net.com
Web: mieterverein-osnabrueck.de

Impressum:

**Osnabrücker
Arbeiterzeitung
Herausgeberin:
DKP Osnabrück**

**ViSdP: Achim Bigus
Website:
osnabrueck.dkp.de**

**Hinweise, Kritik, Lob?
Wir freuen uns über Zuschriften
an: osnabrueck@dkp.de**

Gesundheit als Ware?

Drohende Klinikschließungen wie jetzt bei Niels Stensen sind eine Seite der Medaille. Die andere ist die chronische Überlastung der Beschäftigten: die Schicht ist knapp besetzt, es sind viele Patienten auf der Station.

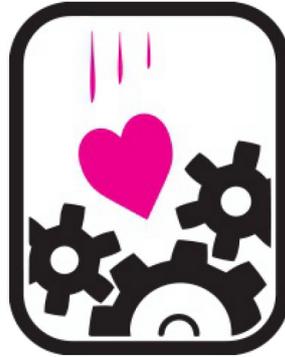
Gefährdungsanzeigen müssten in niedersächsischen Krankenhäusern an der Tagesordnung sein. Eine Hebamme soll allein zwei Geburten gleichzeitig „managen“, das eine Baby kommt lebend zur Welt, das andere stirbt. Wie schafft man das? Gar nicht! Darum kämpfen die Beschäftigten der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) gerade für einen Tarifvertrag Entlastung.

„Fallpauschalen“

Überlastung und Kliniksterben haben die gleiche Ursache: die „Ökonomisierung“ des Gesundheitswesens, das Geschäftemachen mit unserer Gesundheit. Krankenhäuser wurden privatisiert, für alle Kliniken wurden die „Fallpauschalen“ (DRG) eingeführt. Das Krankenhaus bekommt somit nicht mehr den realen Bedarf einer Behandlung, sondern wird entsprechend einer Fallpauschale bezahlt, sozusagen nach Stückpreis. Krankenhäuser werden zu Fabriken!

Erklärtes Ziel ist die schnelle und günstige Behandlung. Die Krankenhäuser stehen unter massiven Druck, mehr

Fälle in kürzerer Zeit zu bearbeiten - unabhängig von der Situation des Patienten und der Belastung des Personals, bis hin zur „blutigen Entlassung“.



Etikettenschwindel

Karl Lauterbach (SPD) versprach eine „Revolution“: die „Entökonomisierung der Krankenhausversorgung“ und die „Überwindung des Fallpauschalensystems“. Doch: „auch die angekündigte neue Vorhaltefinanzierung wird bei genauem Hinsehen wieder mit dem Fallpauschalensystem gekoppelt. Das geplante Vorhaltebudget eines Krankenhauses errechnet sich aus Anzahl und Schwere der Behandlungsfälle und nicht aus den zur Bedarfsdeckung notwendigen Vorhaltekosten“, so das Bündnis „Krankenhaus statt Fabrik“.

Dazu kommt, dass „der reine DRG-Anteil der Vergütung weiterhin bei 40% der Einnahmen eines Krankenhauses liegt“. (kurzlinks.de/KHSF)

Es geht ums Geld...

Und: „Der finanzielle Druck auf die Krankenhäuser wird sich auch deswegen nicht ändern, weil die Gesamtsumme der Finanzmittel (...) gleichbleibt“. Es bleibt bei der Unterfinanzierung der Krankenhäuser. Angestrebt ist ein „gesteuertes“ Krankenhaussterben.

Dabei ist Geld genug da – nur in den falschen Händen. Private Krankenhaus-Gesellschaften und Pharmaindustrie verdienen Geld mit der Gesundheit. So hat Helios im Jahr 2022 über 700 Millionen Euro an Gewinn erzielt. Die Pharmaindustrie hatte im Jahr 2020 eine Bruttowertschöpfung von 25 Milliarden. Allein BioNTech hatte im vergangenen Jahr fast 4 Milliarden Euro Gewinn.

Geld gäbe es auch bei der Bundeswehr zu holen. Die Bundesregierung zahlt für Rüstung 2% des Brutto-Inlands-Produkts, wie von der NATO gefordert - über 70 Milliarden im Jahr.

Während der Pandemie gab es für die Pflegekräfte Applaus von den Balkonen. Die DKP Osnabrück applaudiert Allen, die sich gegen Klinikschließungen, unzumutbare Arbeitsbedingungen und Unterfinanzierung wehren - im Interesse der Beschäftigten wie der Patient*innen.

Politik & Kultur UZ shop

Bücher | Broschüren
T-Shirts | Pullover
Fahnen | Halstücher
Taschen | CDs | DVDs
Tassen | Antiquariat
und vieles mehr



Informationsveranstaltung:

Krankenhaus oder Fabrik?
Gesundheit als Geschäftsmodell
- die Folgen für Beschäftigte, Patient*innen, Angehörige ...

Zu diesem Thema haben wir Jan von Hagen (Essen) eingeladen. Jan ist Krankenpfleger und ver.di-Aktivist. Er war als verantwortlicher Gewerkschaftssekretär führend beteiligt an den Streiks der Uni-Kliniken in NRW für die Entlastung der Beschäftigten und eine bessere Gesundheitsversorgung.

Wann: Mittwoch,
18. September, 19 Uhr

Wo: Lagerhalle Osnabrück,
Raum 207

IG Metall bestätigt Tarifforderung Null zu Sieben

7 Prozent mehr Geld für 12 Monate – 170 Euro mehr im Monat für Auszubildende: Nach den Tarifkommissionen hat der IG-Metall-Vorstand am 9. Juli die Forderung für die Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie bestätigt. Unter dem Motto „Solidarität gewinnt“ geht die IG Metall in die Tarifrunde für 3,9 Millionen Beschäftigte der Metall- und Elektroindustrie.

Christiane Benner, Erste Vorsitzende der IG Metall, verteidigte den Beschluss, der von der Kapitalseite bereits als zu hoch und unrealistisch abgetan wurde: „Unsere Forderung wird der Lage von Beschäftigten und Unternehmen gerecht und ist dringend geboten“, so Benner. „Die Inflationsrate mag sinken, aber dennoch bleiben für die Menschen die Preise an der Kasse weiter hoch.“

Insbesondere Auszubildende würden unter den gestiegenen Lebenshaltungskosten leiden. Deshalb müssten ihre Vergütungen mit einem „Attraktivitäts-Turbo“ 170 Euro überproportional steigen. Auch die Binnennachfrage brauche deutlich höhere Löhne in der deutschen Kernbranche, so Benner: „Die Kolleginnen und Kollegen sowie die Konjunktur brauchen jetzt ein ordentliches Plus und damit gute Perspektiven.“ Gleiches gelte für die Zukunfts- und Beschäftigungssicherung des Landes durch die Politik und die Unternehmen: Es brauche jetzt massive Investitionen.

Mit einer sozialen Komponente will die IG Metall die unteren Einkommensgruppen in den Betrieben besonders berücksichtigen. Außerdem seien Belastungen bei der Arbeitszeit besser zu berücksichtigen. Die bereits bestehenden Wahloptionen



24-Stunden-Streik bei Volkswagen 2018. Foto: Ralf Uzat

zwischen Zeit und Geld für Vollzeitbeschäftigte mit Schichtarbeit, Pflege- oder Erziehungsaufgaben sollen auf mehr Personen und Themen ausgeweitet werden.

Nadine Boguslawski, im IG-Metall-Vorstand für Tarifpolitik verantwortlich, ging auf die Kritik der Kapitalseite ein, dass es nicht allen Unternehmen gut gehe. „Mit unserer Forderung respektieren wir die unterschiedliche Lage der Unternehmen.“ Im Gegenzug erwarte man den „Respekt der Arbeitgeber für die Lage und die Lebensrealität der Beschäftigten“.

Respekt ist nicht die Sache der Kapitalisten. Bis Mitte September starten die sieben Bezirke der IG Metall mit den ersten Verhandlungen. Bis dahin ist eine Mobilisierung der Belegschaften für die Forderung nötig. Denn auch wenn die 7 Prozent kaum die erlittenen Lohnverluste ausgleichen – die Durchsetzung wird nur durch einen konfrontativ geführten Arbeitskampf möglich sein.

Dass die Kapitalseite dazu bereit ist, hatte zumindest der stellvertretende Südwestmetall-Vorsitzende und Ver-

handlungsführer Harald Marquardt bereits deutlich gemacht: „Zu verteilen gibt es aktuell überhaupt nichts“, sagte Marquardt. Die IG Metall müsse bei ihrer Forderung die Realität im Blick behalten: „Die richtige Zahl wäre eine Null.“

Der Entgelt-Tarifvertrag für die Metall- und Elektroindustrie läuft am 30. September aus. Die Friedenspflicht endet mit dem 28. Oktober 2024. Danach sind Streiks möglich.

***Wofür steht „AZ“?**

Ob Schlosserin oder Krankenpfleger, Ingenieurin oder Fahrradkurier, Azubi oder Rentnerin, Erwerbsloser, Studentin, Künstlerin oder Friseur - unsere „Arbeiter*Zeitung“ steht im Kampf zwischen Arbeit und Kapital an der Seite aller Arbeitenden (m/w/d).

Sie steht zugleich in der Tradition von „ArbeiterZeitungen“ der KPD in den 20er und der „OAZ“ der DKP OS in den 70er Jahren.

Einen Finger kann man brechen, fünf Finger sind eine Faust! Darum: Nicht jammern, sondern organisieren - z. B. in Gewerkschaften, Mieterschutz, Sozialverbänden, Initiativen ...